

Netzwerk GEB KiTa Bayern

Netzwerk GEB KiTa Bayern, c/o GEBHT München, Ledererstr. 17, 80331 München

Herrn Ministerpräsident Dr. Söder
Herrn Staatsminister Aiwanger
Frau Staatsministerin Scharf
Herrn Holetschek,
Herrn Streibl,
Damen und Herren Abgeordneten des bayer. Landtags

Koalitionsvertrag 2023-2028 Bayern: Stellungnahme des Netzwerks GEB KiTa Bayern

Augsburg, Ingolstadt, München, Nürnberg, Olching und Senden 08.11.2023

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,
sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf,
sehr geehrter Herr Holetschek,
sehr geehrter Herr Streibl,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Netzwerk GEB KiTa Bayern vertritt eine große Zahl bayerischer Familien mit betreuten Kindern. Wir haben den "Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023-2028" des Bayerischen Landtags von CSU und FW interessiert gelesen und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Wir begrüßen sehr, dass der inhaltliche Teil des Koalitionsvertrags mit der Familien- und KiTa-Politik beginnt - dies zeigt, dass die Regierungskoalition die Relevanz und Zukunftsbezogenheit dieses großen sozialen Teilbereichs verstanden hat.

Grundsätzlich erkennen wir aber auch, dass keine wirklich neuen politischen Ansätze darin zu finden sind: Die angesprochenen Themen wurden bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode kommuniziert, wie z.B. die Schaffung von 180.000 zusätzlichen KiTa-Plätzen oder die Beibehaltung der Sprach-Kitas. Die Ziele: Mehr Personal, mehr Plätze, eine bessere Betreuungsqualität und Sprachförderung sind gesellschaftlich-politischer Konsens. Wir vermissen an vielen Stellen die Nennung konkreter Strategien und Instrumente, des Weiteren fehlt uns eine Vision einer Kinderbetreuung der Zukunft.

Wir vermissen auch die Elternpartizipation! Immerhin hat der Landtag mit den Stimmen der CSU- und FW-Fraktion zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode die Einführung eines Landeselternbeirats beschlossen, der nun eingeführt werden muss! Wir fragen uns:

Welche Bedeutung misst die künftige Regierungskoalition diesem Gremium bei (offenbar keine große, denn es bleibt unerwähnt)?

Wird der Landeselternbeirat in den Landesjugendhilfeausschuss integriert?

Ist es vorgesehen, dass der Landeselternbeirat künftig auch am Bayerischen Rundfunk- und Medienrat als wahlberechtigte Organisation gemäß Nr. 3 f) bb) RMRatBek teilhaben kann?

Wie möchte die Staatsregierung künftig generell, auch über den Landeselternbeirat hinaus, mit den Eltern zusammenarbeiten, welche Kapazitäten sollen geschaffen werden, was sind die nächsten Schritte?

Wir freuen uns über die Fortführung der familienbezogenen Unterstützungsleistungen sowie des Krippengelds und des Kindergartenzuschusses in Höhe von 100 Euro je betreutem Kind.

Dennoch stellen wir fest, dass die Kinderbetreuungsgebühren in Bayern nicht nur zwischen den einzelnen Trägern, sondern auch je nach Kommune, zum Teil stark variieren können - sie hängen somit auch von der Finanzkraft und den sozialpolitischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene ab.

Damit der Geburtsort eines Kindes in Bayern künftig weniger die Betreuungsmöglichkeiten der Familien beeinflusst, fordern wir den Ausbau der Finanzierung der KiTa-Plätze für alle Altersklassen! Das Beispiel Rheinland-Pfalz ("beitragsfrei ab 2") zeigt, dass hier noch viel Luft nach oben ist. Ein reiches Land wie Bayern sollte die frühkindliche Bildung auch finanziell noch besser ausstatten.

Die Regierungskoalition möchte bis 2028 180.000 zusätzliche KiTa-Plätze schaffen, davon 130.000 Plätze zur Betreuung von Grundschulkindern zur Erfüllung des Rechtsanspruches und 50.000 für Kinder unter sechs Jahren. Dies ist nicht neu, sondern wurde bereits im vergangenen Sommer vom Sozialministerium kommuniziert.

Das Ziel erscheint angesichts der bisherigen Politik sehr ambitioniert. Seit Jahren ist bekannt, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Grundschulkindern ab 2026 sukzessive bis 2029 eingeführt werden soll - und wenig Konkretes ist passiert!

Bei genauerem Hinsehen entspricht dieses Ziel in etwa der Bedarfslücke bis zum Ende des Jahrzehnts: So hat das Deutsche Jugendinstitut berechnet, dass bis 2030 bis zu 136.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden müssen, um den o.g. Rechtsanspruch erfüllen zu können (Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/ganztagsbetreuung-bayern-grundschule-kinder-1.5632306>).

Für Kinder bis zum Schuleintritt fehlen gemäß Berechnungen der Bertelsmann Stiftung bereits in diesem Jahr 62.000 Plätze und insgesamt (inkl. Grundschulbetreuung) 35.300 Fachkräfte - bis 2030 sogar rund 67.000 (Quelle: s.o. und: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/studie-kita-plaetze-mangel-auch-2023-riesig,TKjN6YY>).

Wie der Ausbau "flexibler" Kinderbetreuungszeiten vorangetrieben werden soll, ist unklar. Wir dürfen nicht vergessen: Wir brauchen alleine schon massiv viele neue Plätze, um überhaupt den gesetzlich fixierten Rahmen erfüllen zu können!

Dazu haben wir nach wie vor einen eklatanten Fachkräftemangel, zu wenig und teilweise zu unattraktive Ausbildungsmöglichkeiten und eine Betreuungsqualität, die aufgrund des Mangels, aber auch eines von Fachleuten als zu niedrig empfundenen Personalschlüssels, vielerorts euphemistisch als "suboptimal" bezeichnet werden kann - und zusätzlich will man (das Ziel an sich ist ja nicht zu beanstanden) auch noch mehr Zeitressourcen zur besseren Betreuungsflexibilität aufbauen.

Laut Bertelsmann-Stiftung bieten mehr als 60 % der Krippen in Bayern keine pädagogisch empfehlenswerte Fachkraft-Kindrelation von 1 : 3,5 - das heißt, wir haben selbst bei den bestehenden KiTas bei Weitem noch nicht die Verhältnisse, die es für eine pädagogisch hochwertige Betreuung bräuchte. Der Wunsch nach Kinderbetreuung im Krippenalter war 2021 bei 39,5 % der bayerischen Eltern vorhanden, aber nur 29,3 % der Kinder dieser Alterskohorte erhielten einen Betreuungsplatz.

Bei Kindergarten- und Hortkindern sind diese Versorgungs- und Qualitätsindikatoren besser, aber auch noch nicht auf einem wünschenswerten Niveau.

Insgesamt enthält der Koalitionsvertrag zu wenig Auseinandersetzung mit der Qualität frühkindlicher Bildung - Was versteht die Staatsregierung darunter, was ist eine "hohe Qualität", wie soll diese messbar gemacht werden, damit die Politik ihre eigenen Ansprüche daran auch überprüfen kann und wie möchte die Staatsregierung die Betreuung von Kindern im Grundschulalter weiterentwickeln?

Wir warnen auch davor, die Anforderungen an die fachliche Qualität des pädagogischen Personals zu reduzieren, wie jüngste Reformen (siehe z.B. <https://www.merkur.de/bayern/mehr-sein-scharfe-kritik-gefaehrdet-den-bildungsauftrag-kita-leitungen-in-bayern-muessen-keine-paedagogen-92457114.html>), aber auch wissenschaftliche Studien (siehe: <https://verband-kitafachkraefte-bayern.de/clubdesk/fileservlet?id=1000693>) zum Thema, befürchten lassen.

Daher halten wir die Erhöhung der Betreuungsqualität als Begründung zur verstärkten Anwerbung von KiTa-Personal im Koalitionsvertrag angesichts der aktuellen Problemlage für richtig, aber kurz- bis mittelfristig unrealistisch: Bevor wir es schaffen, das Personal zur Verbesserung der Betreuungsqualität einsetzen zu können, werden erstmal die schon aktuell eklatanten quantitativen Probleme der Unterversorgung und des notwendigen Ausbaus zu lösen sein!

Allerdings unterstützen wir die Staatsregierung bei ihren geplanten Maßnahmen. Wir benötigen einen starken Ausbau an Ausbildungs- und Studienplatzkapazitäten in Bayern. Die Ausbildung muss nicht nur kostenlos sein, sondern muss wettbewerbsfähig vergütet werden, ebenso ist der Wunsch, ausländische Abschlüsse schneller anerkennen zu wollen, richtig und wichtig.

Alle diese Ideen sind nicht neu und entprechen - zumindest rhetorisch - auch schon vor der Landtagswahl der Politik der Staatsregierung. Was fehlt sind konkrete, umfassende und kreative Maßnahmen!

Das Gleiche gilt für die Erkenntnis, das pädagogische Personal durch die vermehrte Einstellung von Verwaltungskräften zu entlasten - dies ist vor allem für kleinere Träger eklatant wichtig und wir brauchen hier ein umfassendes und zügig startendes Finanzierungsprogramm des Freistaats!

Die KiTa-Träger sollten auch bei der Digitalisierung und effektiven Nutzung von KI-Systemen bei ihrer Verwaltung unterstützt werden.

Die Verstärkung der Inklusion in KiTas ist sehr sinnvoll, aber auch hier vermischen wir die Nennung konkreter Maßnahmen. Aus Gesprächen mit Expert*innen zur Inklusion haben wir eher mitgenommen, dass die Staatsregierung dieses Handlungsfeld der KiTa-Politik wenig unterstützt hat, hier muss es zu echten Verbesserungen kommen.

Die Aussagen des Koalitionsvertrags zum Spracherwerb und das Festhalten am Landesprogramm der Sprach-KiTas findet unsere Zustimmung. Wir mahnen aber auch an, die Förderbedingungen so auszugestalten, dass sie auch für das notwendige Personal attraktiv umgesetzt werden können: Auf nur durchschnittlich bezahlte, womöglich noch befristete, Stellen bewerben sich eher wenige Fachkräfte, wie man uns aus der Praxis berichtet hat.

Insgesamt spricht der Koalitionsvertrag aus unserer Sicht die richtigen Themen an, bleibt aber zu vage, als dass man auf substanzielle Änderungen und Verbesserungen der Politik vertrauen kann - die vielfach nicht genannten Instrumente der Zielerreichung verhindern auch, diesen am Ende der Legislaturperiode kritisch überprüfen zu können.

Wir ermuntern die Bayerische Staatsregierung, zügig, ressourcen- und wissensstark einen ordentlichen Maßnahmenkatalog für die weitere Entwicklung der frühkindlichen Bildung in Bayern vorzulegen, die Familien und Kinder in diesem Land brauchen ihn dringend - Bitte nicht kleckern, sondern klotzen!

Wir stehen dem Bayerischen Landtag und der Bayerischen Staatsregierung nach wie vor für Beratung und zum kritischen Austausch zur Verfügung,

mit freundlichen Grüßen,

Daniel Gromotka und Uwe Kriebel
Sprecher des Netzwerks GEB KiTa Bayern



Daniel Gromotka Uwe Kriebel
Sprecher des Netzwerks GEB KiTa Bayern

Netzwerk GEB KiTa Bayern

Mitglieder:

Gemeinsame Elternbeiräte der städtischen Krippen, Kindergärten und Horte der Stadt Augsburg,
Gesamtelternbeirat der städtischen KiTas Ingolstadt,
Gemeinsame Elternbeiräte der städtischen Kitas der Landeshauptstadt München
(GEbKri, GKB, GEBHT),
Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V.,
Gesamtelternbeirat Olching e.V.
Überelternbeirat Senden (Landkreis Neu-Ulm)

Sprecher:

Daniel Gromotka (Vorsitzender des GEBHT), Uwe Kriebel (Vorsitzender des GEB Nürnberg e.V.)

Homepage: <https://www.gebnuernberg.de/geb-netzwerk-bayern/index.html>

E-Mail: netzwerk.gebkita.bayern@t-online.de

Tel.: 01525-6882873

Mitglied der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (BEVKi)

Eingetragen im Lobbyregister Bayern, Registernummer: DEBYLT0091